

Pressedienst Nr. 16605
Donnerstag, 07. September 2023

DLG: Paetow kritisiert planwirtschaftliche Bürokratie beim Umbau der Landwirtschaft	1
Aufzeichnungsverpflichtungen bei "Vorbeugender Grundwasserschutz" beachten	4
OÖ: Nutztierbestände auf Almen verkleinern sich zusehends	5
Rinderzucht: Anmeldungen für Jungzüchter-Profi noch bis 10. September möglich	7

**EINEN TEIL DER AUFLAGE FINANZIERT
DIE NIEDERÖSTERREICHISCHE VERSICHERUNG**



Die Niederösterreichische
Versicherung

DLG: Paetow kritisiert planwirtschaftliche Bürokratie beim Umbau der Landwirtschaft

Resignation für Unternehmer keine Option

Magdeburg, 7. September 2023 (aiz.info). - Zur Eröffnung der DLG (Deutsche Landwirtschafts-Gesellschaft)-Unternehmertage 2023 in Magdeburg hat Präsident **Hubertus Paetow** auf das Risiko einer Abhängigkeit bei der Grundversorgung mit Lebensmitteln aus dem Ausland und auf die Sicherung des Produktionsstandortes Deutschland für die landwirtschaftlichen Betriebe hingewiesen. Landwirtschaftliche Unternehmen seien von natürlichen und politischen Standortfaktoren in besonderer Weise abhängig, weil eine Verlagerung der Produktion für die Unternehmen nicht so einfach möglich ist. Zudem gewinne der Unternehmensstandort in einer Welt, in der die Risiken der globalen Arbeitsteilung zunehmen, erheblich an Bedeutung.

Corona und Ukrainekrieg mit ihren Folgen für die globalen Lieferketten hätten gezeigt, dass eine globale Ausrichtung der Produktion lediglich nach komparativen Kostenvorteilen ihre Grenzen habe, sagte Paetow vor über 400 Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus der Agrarbranche. Auch die politischen Risiken einer Konzentration von bestimmten Produktionen auf einen Standort, wie z. B. die Erzeugung von Brotweizen für Nordafrika nur in Russland und der Ukraine, müssten in die Kostenrechnung zur Standortbeurteilung mit einbezogen werden.

Die Preisausschläge auf den Weltagrarmärkten, die für den deutschen Ackerbau positiv seien, für weniger zahlungskräftige Verbraucher in Europa und insbesondere in den auf Importe angewiesenen Entwicklungsländern aber existenzbedrohend sind, hätten gezeigt, was Unsicherheit in der Versorgung mit Nahrungsmitteln am Ende bedeutet. Dabei werde der Begriff der Ernährungssicherheit häufig mit dem tatsächlichen Mangel an Nahrungsmitteln in den Importländern gleichgesetzt, also mit leeren Regalen und hungernder Bevölkerung. Mindestens ebenso folgenreich seien aber die Preissteigerungen bei Nahrungsmitteln für Menschen, die ohnehin schon den größten Teil ihres verfügbaren Einkommens für die Ernährung ausgeben müssten. Diese hätten dann nämlich noch weniger Einkommen für Wohnen, Gesundheit und Bildung übrig, also für die Investitionen, die langfristig und nachhaltig zur Armutsbekämpfung notwendig sind. Und dies gelte nicht nur im globalen Süden, sondern auch vor unserer Haustür, so Paetow.

Mehr Absicherung notwendig

Je mehr die Kontrolle über globale Handelsverflechtungen zum Mittel der Konflikteskalation werde, desto wichtiger werde eine Absicherung im Sinne einer Diversifizierung der Handelspartner, aber eben auch die eigene Erzeugung im Sinne der Unabhängigkeit. Dies bedeute für ein global vernetztes Ernährungssystem wie das unsere, dass man Verlagerungseffekte durch willkürliche Gestaltung von Produktionsstandards nicht beliebig in Kauf nehmen könne, weil man sich dann eben in jene Abhängigkeiten begeben, die man beim Erdgas gerade so schmerzhaft zu spüren bekommen habe.

"Bei allem Fortschritt in Richtung Ökologie und Klimaschutz sollte am Standort Europa eine Unabhängigkeit in der Grundversorgung, und damit eben auch in der Nahrungsmittelerzeugung, bewahrt werden", so der DLG-Präsident. "Auch das gehört zur Zeitenwende." Diese Unabhängigkeit brauche weder hohe Förderungen noch einen besonderen Schutz vor Importen, sie brauche lediglich

Rahmenbedingungen, die die Unternehmen nicht auch noch dabei behindern, sich im Sinne einer globalen Wettbewerbsfähigkeit weiterzuentwickeln, betonte Paetow.

Anpassungsfähigkeit nicht behindern

Die Land- und Ernährungswirtschaft am Standort Deutschland habe sich immer durch ein hohes Maß an Innovationskraft und eine hohe Produktivität ausgezeichnet. Diese Fähigkeiten hätten, so Paetow, die Nachteile einer Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft für die Urproduktion, nämlich hohe Löhne und sonstige Faktorkosten, immer zumindest so weit kompensiert, dass trotz starker Konkurrenz aus anderen Regionen funktionierende heimische Wertschöpfungsketten in der Nahrungsmittelerzeugung entstanden seien.

Seit dem Beginn der Liberalisierung und Globalisierung der Agrarmärkte hätte auch die Wissenschaft prognostiziert, dass Landwirtschaft in den Industriestaaten Mitteleuropas im globalen Wettbewerb mit anderen Agrarregionen nicht mehr mithalten könne. "Aber bis heute kann die deutsche und europäische Agrarbranche durchaus mithalten, und das liegt nicht nur an einer stetig steigenden Nachfrage nach Nahrungsmitteln, sondern eben auch an der erfolgreichen Anpassung an die Rahmenbedingungen, an der stetigen Optimierung von Produktionsverfahren bei Flächen- und Arbeitsproduktivität, im Übrigen bei zumindest gleichbleibenden, wenn nicht sogar abnehmenden negativen Auswirkungen auf Natur und Umwelt", sagte der DLG-Präsident. "Diese Strategie wird jetzt allerdings in Frage gestellt."

Zugang zu Fortschritt und Innovationen

Wenn die deutsche Landwirtschaft durch Innovation wettbewerbsfähig bleiben will, bräuchte sie laut Paetow vor allem zwei Dinge: Zugang zum Fortschritt und die Sicherheit für ihre Investitionen, denn diese seien mit der Einführung innovativer Verfahren verbunden.

Zugang zum Fortschritt heiße dabei nicht, dass jede Innovation ungeprüft und ohne Regulierung eingeführt werden könne. Die Landwirtschaft müsse sich auch im eigenen Interesse um die möglichen Folgen neuer Verfahren für Umwelt und Gesundheit kümmern. Es müsse eine Form der Regulierung gefunden werden, die diese Folgen auf das Notwendigste beschränkt.

Was aber laut Paetow nicht funktionieren werde, sei eine Abkehr vom technischen Fortschritt als Lösung der Zielkonflikte zwischen Produktivität und Ressourcenschonung. "Gerade für die Bewältigung dieser Zielkonflikte braucht es den ganzen Werkzeugkasten der Innovation, und eben keine politische Angstbewirtschaftung durch die Erfindung immer neuer vermeintlicher Risiken der modernen Agrarproduktion", forderte der DLG-Präsident. "Vorsorgeprinzip heißt eben nicht, Vorsorge um des Prinzipes willen. Was wir gerade in der Politik bei Pflanzenschutz und Züchtungstechnologien am Standort Deutschland erleben, ist das Gegenteil von Vorsorge im Sinne nachhaltigen Fortschritts."

Sicherheit für Investitionen könne für unternehmerische Landwirte nicht bedeuten, dass jede Investition bis zum Ende ihrer Abschreibungszeit eine garantierte Verzinsung bringt. Diese Vollkaskoversicherung könne es in einem auf Dynamik angelegten Wirtschaftssystem nicht geben, so Paetow. Aber die investierenden Unternehmen sollten sich zumindest darauf verlassen können, dass die gesetzlichen Vorgaben eine Investition, z. B. in eine tierwohlgerichte Stallanlage, nicht schon entwerten, bevor sie in Betrieb genommen werden kann.

Paetow sieht für eine erfolgreiche Land- und Ernährungswirtschaft am Standort Deutschland aktuell widersprüchliche Zeichen. Auf der einen Seite sei die Nachfrage auch nach den in Deutschland etwas teurer produzierten Nahrungsmitteln hoch, was man an den zwar volatilen, insgesamt aber doch komfortablen Erzeugerpreisen sähe. Trotz hoher Kosten für Lohn, Fläche und Standards sei die Rentabilität insbesondere im Ackerbau aktuell gut, so Paetow. Aber wie für die gesamte deutsche Volkswirtschaft gelte auch für die Ernährungsbranche, dass die heutigen Entscheidungen der Politik insbesondere über die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit und damit auch die strategische Ausrichtung der Betriebe bestimmten. Und diese heutigen Entscheidungen, insbesondere aus der Politik, würden große Zweifel daran aufkommen lassen, dass auch in Zukunft die Innovationskraft und Produktivität der Unternehmen ausreichen werden, im internationalen Wettbewerb zu bestehen, so Paetow.

Es verwundere auch nicht, dass trotz auskömmlicher Betriebsergebnisse die Stimmung bei den Betriebsnachfolgenden, die Investitionspläne beim Umbau der Tierhaltung und allgemein die Bereitschaft der Betriebe, sich unter diesen politischen Rahmenbedingungen im Sinne eines nachhaltigen Fortschritts weiterzuentwickeln, auf einem Tiefpunkt angekommen sind.

Politische Umsetzung bestimmt über die Zukunft der Betriebe

"Wenn wir den Standort Deutschland und sein Ernährungssystem für die Zukunft sowohl ökologisch nachhaltig als auch ökonomisch wettbewerbsfähig aufstellen wollen, dann geht das nicht mit planwirtschaftlicher, hyperbürokratischer Feinsteuerung, die eine ganze Branche unter Generalverdacht stellt", sagte DLG-Präsident Paetow. "Wenn der digitale Fortschritt sich in Satellitenbildern zur Auflagenkontrolle erschöpft und eine 100%ige Einhaltung der Vorschriften der Ordnungspolitik objektiv für keinen Betrieb mehr möglich ist, dann sind wir fast schon da angekommen, wo wir in Ostdeutschland 1989 aufgehört haben - bei einem maximal unternehmerverachtenden System, das weder den Fortschritt hin zu einem nachhaltigen Wirtschaftssystem befördert noch auch nur seine eigenen politischen oder ideologischen Ziele erreicht." Paetow hielt abschließend fest: "Diese Beurteilung der heutigen Rahmenbedingungen, so richtig und ernüchternd sie ist, muss von einer Zukunftsorganisation wie der DLG so getroffen und gesagt werden. Denn die heutigen politischen Entscheidungen bestimmen über die Zukunft der Betriebe und der ganzen Branche. Für den einzelnen landwirtschaftlichen Unternehmer auf seinem Betrieb stellt sich die Lage aber nicht so einfach dar: Für echte Unternehmer ist Resignation keine Option - the Show must go on."

Das Fazit von Paetow lautet: "Der Standort Deutschland braucht einen starken Agrarsektor mit wettbewerbsfähiger Produktion, um Unabhängigkeit in der Daseinsvorsorge sicherzustellen. Bürokratische, planwirtschaftliche und innovationsfeindliche Feinsteuerung ist völlig ungeeignet, um das Ziel eines nachhaltigen Ernährungssystems zu erreichen. Gut ausgebildete, kreative und hochmotivierte Unternehmer und Mitarbeiter sind unser wertvollster Standortvorteil. Wenn wir diesen Vorteil nutzen, indem wir für diese Akteure des Fortschritts beste Rahmenbedingungen und möglichst wenig Hindernisse schaffen, müssen wir uns um den Agrarstandort Deutschland keine Sorgen machen." (Schluss)

Aufzeichnungsverpflichtungen bei "Vorbeugender Grundwasserschutz" beachten

Bewirtschaftungsmaßnahmen innerhalb von 14 Tagen dokumentieren - Stickstoffbilanzierung erforderlich

Wien, 7. September 2023 (aiz.info). - Die Agrarmarkt Austria (AMA) macht darauf aufmerksam, dass bei einer Teilnahme an der ÖPUL-Maßnahme "Vorbeugender Grundwasserschutz - Acker" - zusätzlich zu den Aufzeichnungsverpflichtungen im Rahmen der Nitrat-Aktionsprogramm-Verordnung - für Ackerflächen innerhalb der Gebietskulisse betriebsbezogene und schlagbezogene Aufzeichnungen durchzuführen sind. Alle Aufzeichnungen sind am Betrieb aufzubewahren. Die korrekte Führung der Aufzeichnungen wird im Rahmen von Vor-Ort-Kontrollen überprüft. Die Aufzeichnungen sind im Bedarfsfall auch dem Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft zur Verfügung zu stellen.
Schlagbezogene Aufzeichnungen

Die verpflichtend elektronisch zu führenden schlagbezogenen Aufzeichnungen umfassen die Bezeichnung und Größe des jeweiligen Schlages, die Art und Menge der auf dem Schlag bzw. Feldstück ausgebrachten Düngemittel, das Datum der Bewässerung sowie die Bewässerungsmenge, das Datum des Anbaus und der Ernte, die Dokumentation der schlagbezogenen Erntemenge samt Wiegebelegen sowie die Berechnung eines jährlichen Stickstoffsaldos. Die Aufzeichnungen können für vergleichbare Schläge zusammengefasst werden und sind innerhalb von 14 Tagen nach der Ausbringung des Stickstoffs, des Anbaus, der Bewässerung oder der Ernte fertigzustellen.

Schlagbezogener Stickstoffsaldo

Ebenfalls innerhalb von 14 Tagen muss nach der Ernte der Stickstoffsaldo berechnet werden. Ein Stickstoffüberschuss von mehr als 10 kg/ha aus der vorangegangenen Kultur muss auf die Folgekultur angerechnet werden. Dabei kann der anzurechnende Wert in den Gebieten nördliches und mittleres Burgenland, östliches Niederösterreich inklusive Tullnerfeld sowie Wien auf 80 % reduziert werden, in den restlichen Gebieten auf 60 % des Stickstoffüberschusses. Der Düngbedarf bzw. die Düngung der nachfolgenden Kultur muss um diesen Wert reduziert werden.

Beispiel

Zu einem Körnermais-Schlag im Eferdinger Becken (Ertragslage hoch²) wurde Stickstoff im Ausmaß von 195 kg/ha gedüngt. Nach der Ernte ergibt sich durch den Kulturentzug bei der schlagbezogenen Bilanzierung ein positiver Saldo von 20 kg N/ha. Es sind 12 kg N/ha (60 % des Überschusses) auf die Folgekultur zu übertragen und die Düngung ist um dieses Ausmaß einzuschränken.

Bei mehreren Kulturen im Jahr oder im Fall von genutzten Zwischenfrüchten ist jeweils zu saldieren und der Saldo kann auf 60 bzw. 80 % für den Übertrag (= Wert, der bei Folgekultur zu berücksichtigen ist) reduziert werden. Bei mehrjährigen Kulturen muss jährlich der Saldo gebildet werden und gegebenenfalls ein Übertrag erfolgen.

Hinweis

Bei Leguminosen und Ackerfütterkulturen ist die Vorfruchtwirkung ohne Reduktion zu berücksichtigen. Bei nicht genutzten Kulturen muss bei Umbruch ebenfalls saldiert werden. Die Vorgabe, dass bei Stickstoff-Überschüssen von mehr als 10 kg/ha der Stickstoffsaldo für die Folgekultur zu berücksichtigen ist, muss deshalb auch bei Schadereignissen wie z.B. Hagel oder Trockenheit eingehalten werden.

Saldierung bei ungenutzten Zwischenfrüchten Im Fall von ungenutzten Zwischenfrüchten kann ebenso der Reduktionsfaktor (0,6 bzw. 0,8) angewendet werden, sofern die Anlage entsprechend den Vorgaben der Maßnahme "Begrünung von Ackerflächen - Zwischenfruchtanbau" oder "Begrünung von Ackerflächen - System Immergrün" erfolgt.

Ausgebrachte Stickstoffmengen auf ungenutzte Zwischenfrüchte sind gemäß der Nitrat-Aktionsprogramm-Verordnung zur Gänze der Folgekultur anzurechnen (keine Anwendung des Reduktionsfaktors). Die Düngung der ungenutzten Zwischenfrucht darf maximal in der Höhe der möglichen Düngung der Folgekultur unter Einberechnung des Stickstoffsaldos der vor der Zwischenfrucht angelegten Vorkultur erfolgen.

Beispiel Nach der Ernte von Weizen im Südburgenland ergibt sich eine Stickstoffbilanz von 30 kg N/ha. Der Nachfolgekultur müssen 30 kg N/ha x 0,60 = 18 kg N/ha angerechnet werden. Als nachfolgende Hauptkultur ist Sojabohne (Düngebedarf 60 kg N/ha) geplant. Davor wird eine ungenutzte Zwischenfrucht angebaut. Diese darf mit maximal 42 kg N/ha gedüngt werden (Düngebedarf Sojabohne 60 kg N/ha - Saldo der Vorkultur 18 kg N/ha = 42 kg N/ha).

Betriebsbezogene Aufzeichnungen Die betriebsbezogenen Aufzeichnungen umfassen insbesondere die betrieblichen Flächen mit dem jeweiligen Nährstoffbedarf (inkl. Ertragsplausibilisierung), dem Stickstoffanfall aus der Tierhaltung sowie der Stickstoffausbringung auf den Flächen durch Düngung als auch Bewässerung unter Berücksichtigung der Vorfruchtwirkung.

Die betrieblichen Aufzeichnungen sind bis 28. Februar des laufenden Förderjahres als voraussichtliche Düngeplanung anzulegen und bis spätestens 31. Jänner des Folgejahres als betriebliche Düngebilanzierung abzuschließen.

Weitere detaillierte Informationen zur Maßnahme "Vorbeugender Grundwasserschutz - Acker" sind im Informationsblatt unter www.ama.at/fachliche-informationen/oepul/formulare-merkblaetter zu finden. (Schluss)

OÖ: Nutztierbestände auf Almen verkleinern sich zusehends

Arbeitskräfte fehlen - Wolf bringt Almwirtschaft und ländliche Bevölkerung in Gefahr

Linz, 7. September 2023 (aiz.info). - In Oberösterreich geht die Zahl der auf Almen aufgetriebenen Tiere merklich zurück. Wurden im Jahr 2000 noch von 859 "Auftreibern" 6.300 Stück Weidevieh auf die Almen gebracht, so waren es 2021 nur noch 5.630 Tiere von 611 "Auftreibern". Die Landwirtschaftskammer (LK) OÖ und der OÖ Verein für Alm und Weide sehen die Gründe in einerseits fehlenden Arbeitskräften und andererseits in zunehmenden Rissen von Weidevieh durch den Wolf. Es werde es immer schwieriger, Arbeitskräfte für die anstrengende Arbeit im alpinen Gelände zu finden, und gleichzeitig überlegten viele Bäuerinnen und Bauern, ob es sich noch lohne, Tiere auf die Almen zu treiben, wenn diese zunehmend vom Wolf gefährdet seien.

"Die Almbauern und auch die Bevölkerung im Mühlviertel warnen seit langem davor, dass wegen des massiven Anstiegs der Population des Wolfes auf vielen Almbetrieben beziehungsweise auch auf Bergbauernbetrieben vermehrt die Weidehaltung aufgegeben wird. Die Landwirtschaftskammer begrüßt deshalb sehr, dass die oberösterreichische Landesregierung eine Wolfsmanagementverordnung auf den Weg gebracht hat, mit der auf die aktuellen Ereignisse am Dachstein und auch im Mühlviertel reagiert werden kann", betont Landwirtschaftskammer (LK) Oberösterreich-Präsident **Franz Waldenberger**

Laut LK OÖ und dem Verein für Alm und Weide gebe es jetzt schon zwischen 25 und 45 Wolfsindividuen in dem Bundesland. An der oberösterreichischen Grenze in Niederösterreich seien vier Wolfsrudel und im tschechisch-österreichischen Grenzgebiet drei Wolfsrudel nachgewiesen worden. Erst Mitte August 2023 veröffentlichte das Land OÖ, dass am Dachstein neun tote und zwei verletzte Schafe gefunden und laut bisherigen offiziellen Zahlen 16 Schafe vermisst werden. Zwei Wochen später haben die Ramsauer Schafbauern um ein Monat früher als üblich zum Schutz der Tiere vor dem Wolf ihre Tiere ins Tal gebracht. Die Krippensteinalmen auf oberösterreichischer Seite, Gjaidalm und Almgemeinschaft Krippenstein, berichten zusätzlich von einer abgängigen Kalbin und 30 abgängigen Schafen.

Schutzzäune verhindern nicht den Anstieg der Wolfspopulation

"Ein wildes Raubtier wie der Wolf muss die Scheu vor der menschlichen Zivilisation erfüllen. Wölfe sind clevere Tiere und lernen schnell, welche Möglichkeiten ihnen zur Verfügung stehen. Bei Wolfsrissen kommen viel mehr Tiere zu Schaden, als die Wölfe für ihr Überleben bräuchten. Auch am Dachstein wurde von den getöteten Schafen nur ein kleiner Teil genutzt bzw. gefressen. Wenn die Bäuerinnen und Bauern ihr Weidevieh mittels Zäunen und Herdeschutzhunden schützen, werden trotzdem nicht weniger Wölfe einwandern. Die Population wird also weiter steigen. Wir werden durch die Wiederkehr des Wolfes Almen und Talweiden nicht mehr beweiden können. Die Natur wird dafür sorgen, dass diese verwalden. Dadurch geht der Aufwuchs vieler auf der Alm heimischer Pflanzenarten verloren und die alpine Kulturlandschaft, die auch für den Tourismus eine große Bedeutung hat, verschwindet", macht Waldenberger aufmerksam.

OÖ Wolfsmanagementverordnung: Schritt in die richtige Richtung

Die zuständigen Wolfsbeauftragten konnten den Rissen typische Merkmale von Wölfen zuordnen. DNA-Proben werden zurzeit ausgewertet. Die seit wenigen Wochen rechtskräftige Wolfsmanagementverordnung des Landes OÖ definiert diesen Schadensumfang als von einem Schadwolf verursacht. "Damit das Tierleid und der Schaden für die Bauern nicht noch weiter steigt, wurde die Entnahme angeordnet. Ob dies auch passieren wird ist nicht gesichert. Auf der steirischen Seite fehlt dazu noch die Rechtsgrundlage und ein Wolf hat am Dachsteinplateau beste Deckung. Das dortige Weidegebiet ist gekennzeichnet von einer enormen Weite und einer sehr steinig, kargen Landschaft. Ausgedehnte Latschenfelder und Geländekanten verdecken den Einblick", erläutert **Johann Feßl**, Obmann des OÖ Vereins für Alm und Weide.

Wolfsbefürworter kritisieren die oberösterreichische Wolfsmanagementverordnung, da diese das Potenzial habe, den Wolf in Oberösterreich wieder ausrotten zu können. Sie sehen die Bauern in der Pflicht, alles Erdenkliche zu unternehmen, die Alm- und Weidetiere gegenüber Einflüssen von "außen" abzugrenzen und Wolfsübergreifungen zu verhindern. Der Abschuss von Wölfen sei nicht die Lösung, weil wieder neue Tiere zuwandern werden.

Leid der Bevölkerung darf nicht der Wolfswiederkehr untergeordnet werden

Der Reaktion so mancher Wolfsbefürworter, dass sich die Bauern anpassen müssten und sie sich nur ihre Fördermittel abholen bräuchten, um ein Nebeneinander von Almwirtschaft und Wolfspopulation mittels verstärktem Herdenschutz aufrecht zu erhalten, entgegnet Feßl: "Die viehhaltende Landwirtschaft hat 365 Tage im Jahr die Betreuung ihrer Nutztiere auf eigenes wirtschaftlichen Risiko zu gewährleisten. Eine populistische Aussage, die Landwirtschaft brauche sich nur das vorhandene Geld abholen, dass bei Wolfsattacken von der Öffentlichkeit angeboten würde, ist eine Verhöhnung des Bauernstands und der Gesellschaft. Wer garantiert, dass aus öffentlichen Mitteln alle Schäden gedeckt werden? Das Leid der Nutztiere, die Unsicherheit der Bevölkerung und der Verlust an Biodiversität und Kulturlandschaft auf der Alm darf nicht der Wolfswiederkehr untergeordnet werden."

Reduktion der Schad- und Risikowölfe bringt Erfolg

Der Nachzug an Wölfen sei nicht von der Besetzung eines Reviers abhängig, sondern vom Potenzial an Tieren, das aus seinem Stammgebiet auswandere. Ohne Reaktion passiere die Zunahme des Wolfsbestandes wesentlich schneller. Die natürliche Scheu ginge noch schneller verloren. Die Bevölkerung und die betroffenen Bauern müssen wissen, dass sie von der zuständigen Behörde nicht alleine gelassen werden, betonen LK OÖ und der OÖ Verein für Alm und Weide. (Schluss)

Rinderzucht: Anmeldungen für Jungzüchter-Profi noch bis 10. September möglich

Lehrgang "Herdenmanager Austria" startet am 14. Oktober

Wien, 7. September 2023 (aiz.info). - Die Ausbildung zum Jungzüchter-Profi wird wieder angeboten und startet am 23. September 2023. In zehn Grundmodulen wird Wissen in Theorie und Praxis vertieft sowie im Austausch mit Expertinnen und Experten aus der Rinderbranche erweitert. Der Jungzüchter-Profi verbindet Jungzüchter:innen aus ganz Österreich. Alle interessierten Personen über 18 Jahre mit Interesse an der Rinderzucht können sich noch bis 10. September unter dem Link <https://bit.ly/JZP-Modul1> für die Weiterbildung anmelden. Detaillierte Informationen stehen im Web unter www.rinderzucht.at/bildung/lehrgang/jungzuechterprofi.html bereit oder können per Mail an Stefanie Zottl von der Rinderzucht Austria (zottl@nutztier.at) eingeholt werden.

Auch für den speziell auf Milchviehhaltung ausgerichteten Lehrgang "Herdenmanager Austria" gibt es noch einige Restplätze. Dieser Lehrgang der Rinderzucht Austria besteht aus drei Modulen und startet am **14. Oktober 2023** in Hohenems (Vbg.). Weitere Informationen können unter dem Link <https://www.rinderzucht.at/bildung/lehrgang/herdenmanager-austria.html> abgerufen werden. Die Meinung von ehemaligen Teilnehmer:innen sind im Web unter <https://bauernzeitung.at/der-herdenmanager-ist-die-perfekte-motivation/> verfügbar. Rückfragen können auch an Hannah Lichtenwagner von der Rinderzucht Austria per Mail an lichtenwagner@rinderzucht.at gerichtet werden. (Schluss)